

Südafrika im Umbruch

Winkelmann, Thorsten

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Winkelmann, T. (2013). Südafrika im Umbruch. *GWP - Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 62(3), 401-412. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-96399-5>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Südafrika im Umbruch

Thorsten Winkelmann



Thorsten Winkelmann

Zusammenfassung

Der Artikel stellt Südafrika als „rainbow nation“ vor, wobei das Konzept einer rassenübergreifenden Gesellschaft viel von seiner Strahlkraft verloren hat. Vor allem zwei im Vordergrund dieses Beitrags stehende Entwicklungen bedrohen den demokratischen Status quo: die Omnipotenz des ANC und seine mangelhafte Fähigkeit, die Situation in den Armenvierteln (Township) signifikant zu verbessern.

Zeitenwende am Kap der Guten Hoffnung. Der an fortschreitender Demenz erkrankte und sich gerade von einer schweren Lungenentzündung erholende Nelson Mandela muss erleben, wie seine drei noch lebenden Kinder und seine 17 Enkelkinder seinen kommerziellen Nachlass in aller Öffentlichkeit zu regeln versuchen. Jüngst klagten seine Töchter Zenani und Makaziwe für sich den Zugang zum millionenschweren Familienbesitz vor Gericht ein. Sie wollen künftig Mandelas Namen gewinnbringend vermarkten. Mandelas Enkelinnen Zaziwe und Swati werden derzeit im US-Fernsehen in der Reality-Show „Being Mandela“ als ebenso reiche wie präntiöse Diven gezeigt, während Mandla Mandela, ebenfalls ein Enkel und Abgeordneter des African National Congress (ANC), südafrikanischen Medienberichten zufolge die TV-Rechte für die Beerdigung Mandelas für umgerechnet 300.000 Euro an das südafrikanische Fernsehen verkauft haben soll. Doch nicht nur die Familie Mandela streitet publikumswirksam um sein Erbe. Der seit 1994 regierende ANC, dessen Vorsitzender Mandela lange Zeit war, spaltet die südafrikanische Gesellschaft. In Gefahr gerät so Mandelas politisches Vermächtnis, das maßgeblich gekennzeichnet ist durch den Kampf gegen die Apartheid und den – zwar turbulenten aber weitgehend friedlichen – Übergang zur Demokratie. Die politischen Eliten verspielen die Zukunft des einst als Hoffnungsträger des gesamten Kontinents geltenden Landes. Südafrika als rassenübergreifende „rainbow nation“ hat viel von seiner Strahlkraft verloren. Vor allem zwei im Vordergrund dieses Beitrags stehende Entwicklungen bedrohen den demokratischen Status quo: die Omnipotenz des ANC und seine mangelhafte Fähigkeit, die Situation in den Armenvierteln (Townships) signifikant zu verbessern.

rainbow nation

Historischer Ballast – Das System der Rassentrennung: Apartheid

Das System der Rassentrennung ist auch heute noch in den Köpfen der politischen Elite des Landes präsent. Es ist ein Bezugspunkt für die Legitimation von Politik, aber auch für uneingelöste Versprechen, die sich mit der Befreiung von der Apartheid verbinden. Obschon es in der kolonialen Vergangenheit des südlichen Afrika und einer durch Sklavenhaltung geprägten Geschichte Vorläufer gab, wurde das System der Rassentrennung erst durch den Wahlsieg der National Party (NP) 1948 in Südafrika institutionalisiert und in der Folgezeit perfektioniert. Britischer Nationalismus und eine spezifische Form des christlichen Fundamentalismus bildeten die ideologischen Grundlagen der Apartheid. Der Rassismus beruhte nicht nur auf der genetisch hereditären Idee der „White Supremacy“, sondern auch auf dem vor allem von Johannes Calvin geprägten Prädestinations- bzw. Erwählungsgedanken. Gott offenbarte sich den mehrheitlich aus Holland, aber auch aus Deutschland und Frankreich eingewanderten Buren und machte sie zu dem auserwählten Volk im gelobten Land. Im Laufe der Zeit entstand so eine heilsgeschichtliche „Schöpfungsordnung“, deren politisches Ergebnis das auf Rassentrennung basierende Apartheidsystem war. Die staatliche Unterdrückung erhielt so einen übergeordneten Sinn, wähten sich die Buren doch in einer göttlichen Mission, die mit einer christlich begründeten Vormundschaft für die schwarze Bevölkerung einherging. Mit dieser politisch-religiösen Haltung strebten die Buren nicht nur nach einem jenseitigen Heils- und Erlösungszustand, sondern suchten ihr Glück – in Form materieller Gewinne durch Ausbeutung aller Nicht-Weißen – im diesseitigen Leben. Daraus resultierte eine Welt behajende Einstellung, die von der Politik die konsequente Umsetzung dieser Vormundschaft einforderte.

gesetzliche
Maßnahmen

Unterschiedliche gesetzliche Maßnahmen zementieren den Herrschaftsanspruch der weißen Minderheit: Der „Population and Registration Act“ von 1950 klassifizierte die Bevölkerung nach rassistischen Merkmalen wie die Dunkelheit der Hautfarbe oder die Beschaffenheit der Haare. Gemischtrassige Ehen sowie sexuelle Kontakte verboten der „Prohibition of Mixed Marriages Act“ und der „Immorality Act“. Mit Hilfe des „Group Areas Act“ wurde das Wohn- und Bleiberecht nach Gruppenzugehörigkeit in Stadtvierteln mit bestimmter Hautfarbe organisiert. Die sogenannte Große Apartheid schuf unterschiedliche Homelands und löste dadurch die dort lebende (schwarze) Bevölkerung aus dem politischen System des weißen Südafrikas heraus. Fortan sollten die unterschiedlichen Rassen möglichst großflächig voneinander getrennt leben, wobei die Verfügungsgewalt ausschließlich bei der weißen Minderheit lag. Um diese euphemistisch als „getrennte Entwicklung“ bezeichnete Politik aufrechtzuerhalten, entwickelte sich Südafrika seit den 1960er Jahren zunehmend zu einem Polizeistaat; mit willkürlichen Verhaftungen, politischen Gefangenen, Folter und Mord oder dem Einsatz des Militärs sowohl im Inneren als auch im Äußeren.

Große Apartheid

getrennte
Entwicklung

African National
Congress (ANC)

Gegen diese menschenverachtende Praxis regte sich frühzeitig Widerstand, der neben kirchlichen Organisationen insbesondere vom African National Congress (ANC) getragen wurde. Zur Massenbewegung entwickelte sich der

ursprünglich die schwarze Mittelschicht repräsentierende ANC durch die 1952 und im Folgejahr organisierte Defiance Campaign, die sich gegen die diskriminierenden Passgesetze richtete. Kooperationen mit anderen Apartheidgegnern sowie organisationsinterne Reformen trugen ebenfalls dazu bei, die Anliegen des ANC einer breiteren Bevölkerung bekannt zu machen. Nachdem Boykottaufrufe und Streiks sich als wirkungslos herausgestellt und das Apartheidsystem zunehmend repressive Maßnahmen angewandt hatte, gründete der ANC im Jahre 1961 einen bewaffneten Arm – „Umkontowe Sizwe“ – mit dem Ziel, Südafrika unregierbar zu machen. Mit Sabotageakten und Anschlägen auf die Infrastruktur sollte das auf Rassentrennung basierende politische System abgeschafft und stattdessen eine sozialistische Republik eingesetzt werden. Seit dieser Zeit sieht sich der ANC als Befreiungsbewegung, die sich im Kontext des Kalten Krieges geopolitisch am sozialistischen Lager orientierte und „typologisch“ die „Volksdemokratien“ zum Vorbild hatte. Logistische Unterstützung aller Art sowie Waffenlieferungen aus dem Ostblock trugen zur stetigen Verfestigung der Beziehungen zu Moskau bei. Der Aufbau einer Volksfront scheiterte weniger an den zur Verfügung stehenden materiellen Mitteln, als an der Effektivität des südafrikanischen Militärs und der seiner Verbündeten. Da die „Anti-Terrormaßnahmen“ des Apartheidregimes selbst Rückzugsräume in Angola oder in Mozambique umfassten, blieb Südafrika der direkte Weg vom Feudalismus in den Sozialismus erspart.

Sowohl das Apartheidregime als auch der ANC führten Südafrika an den Rand eines Bürgerkrieges. Durch Bewaffnung der Townships wollte der ANC das Land unregierbar machen. Die regierende National Party unter Premierminister Botha formulierte 1978 die Total National Strategy (TNS) und rief damit faktisch den Ausnahmezustand aus. Dies führte vor allem in den Elendsvierteln Südafrikas zum Zusammenbruch der staatlichen Verwaltung und zur Ausbreitung bürgerkriegsähnlicher Zustände. Das System der Rassentrennung ließ sich nur noch mit polizeilicher und wenig später mit militärischer Gewalt aufrechterhalten. Da keine Seite sich dauerhaft durchzusetzen vermochte, boten Verhandlungen zwischen den verfeindeten Parteien den einzigen gangbaren Ausweg, zumal sich die geopolitischen Vorzeichen im südlichen Afrika grundlegend änderten: Der Rückzug kubanischer Truppen aus Angola 1989 und die Unabhängigkeit Namibias 1990 läuteten das Ende des Ost-West-Konflikts auch in Afrika ein. Westliche Staaten, allen voran das Vereinigte Königreich und die USA, waren nicht länger gewillt, das Apartheidregime international zu unterstützen. Den Neuanfang am Kap der Guten Hoffnung leitete Premierminister de Klerk in seiner Rede zur Parlamentseröffnung am 2. Februar 1990 ein, in der er die Freilassung aller politischen Gefangenen, die Legalisierung des ANC und anderer Widerstandsorganisationen, die Abschaffung der Apartheidgesetze und Verhandlungen über eine neue Verfassung ankündigte. In der turbulent verlaufenden Transformationsphase, die keine Revolution sondern eine politische Umwälzung auf dem Verhandlungsweg war, gelang es den verfeindeten Parteien, die Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben in Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu legen. Obschon der Übergang als weitgehend geglückt anzusehen ist und Südafrika über eine unabhängige Justiz wie über eine freie Presse verfügt, bedrohen heute die Macht des ANC auf allen

Bewaffnung der
Townships

Neuanfang

Ebenen des politischen Systems und die Probleme in den Townships den demokratischen Status quo.

Probleme in den Townships

Kaum ein Land vereint derart große sozioökonomische Gegensätze wie Südafrika. Häufig ist die sogenannte „Erste“ und die sogenannte „Dritte Welt“ nur durch einen Highway voneinander getrennt. Die südafrikanischen Townships gehören zu den gefährlichsten Orten der Welt, wobei die Gewaltanwendung in den seltensten Fällen politisch motiviert ist. Ein Grund hierfür mag darin liegen, dass die in den 1980er Jahren vom ANC mit marxistischem Gedankengut indoktrinierten Townships gegenwärtig seltsam unpolitische, ja apathische Orte darstellen. Stattdessen bieten die sehr heterogenen Kirchen und Glaubensgemeinschaften im mehrheitlich tief christlich geprägten Land Orientierung an, die länger Bestand hat und glaubwürdiger erscheint als die programmatischen Äußerungen des ANC.

organisierte
Kriminalität

In organisatorischer Hinsicht konkurriert der in den Armensiedlungen besonders radikale Positionen vertretende ANC mit jugendlichen Gangs und organisierter Kriminalität. Überdies ergibt sich aus der Altersstruktur des ANC eine gewisse Unfähigkeit, jüngere Menschen zu erreichen und Nachwuchs für den Parteiapparat zu rekrutieren. Gravierendere Problemen als die Überalterung der kampferprobten Kader entstehen als Folge fehlender Politikangebote für die heterogener werdende Gesellschaft. Die selbst in den Townships zu beobachtende gesellschaftliche Ausdifferenzierung erfordert von der Politik neue und flexible Lösungen; zwei Anforderungen, die bislang nicht zu den Stärken des zentralistisch organisierten und nach Fünf-Jahresplänen geführten ANC gehörten.

Individualisierung

Für die demokratische Konsolidierung Südafrikas ist die voranschreitende Individualisierung vor dem Hintergrund bürokratischer Erstarrungstendenzen innerhalb des ANC Segen und Fluch zugleich: Einerseits zeichnen sich die Armenviertel durch eine kaum zu organisierende Strukturlosigkeit aus, innerhalb derer der ressentimentgeladene Nihilismus sich nahezu ausschließlich gegen die unmittelbare Nachbarschaft richtet und damit keine politischen bzw. übergeordneten Zielsetzungen verfolgt. Andererseits ermöglichen diese anarchischen Verhältnisse plötzliche Umschwünge aller Art, da kaum zentrifugale Kräfte mäßigend einwirken. Gefahren für den demokratischen Status quo entstehen laut Hannah Arendt immer dann, wenn „echte Revolutionäre und wirkliche Kriminelle [zusammengehen].“¹ Wegen deren Dominanz besteht an einer Lösung des Sicherheitsproblems kein Interesse.

Vom Zustand permanenter Unsicherheit sind insbesondere die vielen ausländischen Flüchtlinge und Arbeitsmigranten bedroht, die die Mehrheitsgesellschaft für die alltägliche Misere in den Townships verantwortlich macht. Die pogromartigen Ausschreitungen im Jahre 2008 gegen (vermeintlich) illegale Ausländer offenbart zweierlei: Lokale Parteimitglieder des ANC schürten durch öffentliche Äußerungen gezielt den Konflikt, dessen eruptiver Ausbruch

in eine nicht mehr zu kontrollierende Eigendynamik mündete. Obschon der wütende Mob das Erkennungslied des südafrikanischen Präsidenten Jacob Zumas „Mashini Wami“ („Bring mir mein Maschinengewehr“) intonierte, scheint der ANC immer weniger in der Lage zu sein, seinen Einfluss in den Armensiedlungen zu verteidigen.² Augenscheinlich wirkt das vom ANC während der Apartheid verfolgte Ziel, durch eine flächendeckende Bewaffnung der Townships das Land unregierbar zu machen, bis zum heutigen Tage nach und richtet sich vermehrt gegen den Vater des Gedankens. War die Bewaffnung der Townships ursprünglich politisch motiviert, hat sie sich in der Folgezeit immer weiter individualisiert und privatisiert. Recht und Ordnung diktieren seitdem rivalisierende Banden, deren kriminelle Energien die Armenviertel zu „No-go-areas“ für die südafrikanische Polizei sowie sonstige staatliche Institutionen machen. Dieser Hort archaischer Gewalt ermöglicht eine ausufernde Korruption in den Reihen des ANC und konterkariert Bemühungen der Regierung, durch staatlich organisierte Wohlfahrtsprogramme wenigstens die grundlegende Versorgung mit Wasser, Elektrizität und Wohnraum sicherzustellen.

Korruption

Wohlfahrtsprogramme

Neben dem schwindenden Einfluss des ANC in den Armenvierteln verdeutlichen die Ausschreitungen eine größer werdende Diskrepanz zwischen Parteiführung und einfachem Fußvolk. Während von der ANC-Elite panafrikanisches Gedankengut vor allem durch den „Spirit of Africa“ propagiert wird und Eingang in das Konstrukt der „rainbow nation“ gefunden hat, scheitert dessen Umsetzung an der sozialen Wirklichkeit in den Townships.³ Sieht die ANC-Führung im Panafrikanismus ein Mittel zum permanenten Befreiungskampf für den gesamten Kontinent, sind die „Fremden“ für die Armensiedlungen in erster Linie ernstzunehmende Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt, der nach amtlichen Schätzungen eine Arbeitslosenrate von weit über 30 Prozent aufweist. Vehement widersetzen sich die Bewohner der Elendsviertel dem Zuzug von illegal eingewanderten Ausländern, deren ungeklärter Status sie dem Missbrauch von Sicherheitskräften und Bevölkerung gleichermaßen schutzlos aussetzt. Nach Kerstin wurde „den Migranten [...] vor allem der Missbrauch des südafrikanischen Wohlfahrtsstaats vorgeworfen. Äußerungen aus dem Innenministerium verstärkten ihre Stigmatisierung als Kriminelle.“⁴

Spirit of Africa

Die Grenze zwischen politisch motivierter Gewalt, Beschaffungskriminalität, organisiertem Verbrechen und dem alltäglichen Überlebenskampf verschwindet zunehmend. Der Einfluss des ANC in den Townships verringerte sich in den letzten Jahren weniger personell als vielmehr ideell, da seine Versprechen vor Wahlen später nicht eingelöst wurden und weil die Bevölkerung dazu übergeht, Recht und Ordnung in die eigenen Hände bzw. in die der organisierten Kriminalität zu legen. Die südafrikanische Regierung scheitert an der ausufernden Gewalt. Sie versagt darüber hinaus auch beim Auf- und Ausbau grundlegender Infrastrukturen. So kann der soziale Wohnungsbau noch nicht einmal im Ansatz die Nachfrage befriedigen. Ein Großteil der Bevölkerung muss in primitiv selbstgeziimmerten Hütten hausen. Zur Bekämpfung der grassierenden AIDS-Epidemie, die die Regierung lange Jahre nicht als Problem anerkennen wollte, gab Jacob Zuma nach seinem ungeschützten Geschlechtsverkehr mit einer AIDS-infizierten Prostituierten folgende Empfehlung: da es eines Zulus-Mannes unwürdig sei, eine willige Frau nicht zu befriedigen, habe er

Regierungsversagen

nach dem Beischlaf zum Schutz vor einer Ansteckung heiß geduscht – eine katastrophale Empfehlung in einem Land, in dem fast jeder Fünfte mit dem Virus infiziert ist. Mit ähnlich absurden Vorschlägen trat die ehemalige Gesundheitsministerin Manto Tshabalala-Msimang an die Öffentlichkeit. Statt Kondome empfahl sie Knoblauch, Rote Bete und Olivenöl.

Die Omnipotenz des ANC

Trotz offensichtlichem Staatsversagen, Korruption und Klientelismus bis in die höchsten Regierungsstellen verbunden mit einem umfassenden Patronagesystem, blieb die Vormachtstellung des ANC weitgehend unberührt. Der ANC begreift sich nicht als Partei, sondern als Bewegung, die weniger politische Anliegen als vielmehr die generelle Befreiung der Menschen verfolgt. Da dadurch das eigene Anliegen eine höhere Stufe der Rationalität erhält, lassen sich auftretende Probleme nur durch das Wirken eines metaphysisch omnipräsenten Feindes erklären. Wie alle marxistisch eingefärbten Gruppierungen zeichnet sich auch der ANC durch die fehlende Fähigkeit zur Selbstkritik aus, denn losgelöst vom Verursacherprinzip erfolgt eine Schuldzuweisung auf unbeteiligte Dritte. Die Beispiele hierfür sind Legion: Unabhängige Richter, die den gegenwärtigen Präsidenten vor seiner Amtseinführung wegen wiederholter Korruption anklagen wollten, wirft man ohne Kenntnis der Sachlage fehlende Objektivität vor. Grausame Verbrechen erscheinen bei der gerichtlichen Aufarbeitung mit einem Revolutionsbonus ausgestattet zu sein, wie sich etwa aus der Urteilsbegründung gegen Nelson Mandelas Ex-Ehefrau Winni erschließt, in der ihre Verdienste während des Befreiungskampfes explizit hervorgehoben werden. Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen – ein Muster bleibt jedoch immer gleich: tritt individuelle Inkompetenz gepaart mit kriminellen Verhalten insbesondere der Parteiführung offen zu Tage, zeigen sich antidemokratische bis zum Teil totalitäre Reflexe.

fehlende Fähigkeit
zur Selbstkritik

Freund-Feind-
Kategorien

Die eingeübten Freund-Feind-Kategorien kommen vor allem vor Wahlen zum Vorschein, wo die klassischen Figuren des Bösen revitalisiert werden. Durch Attacken auf den Imperialismus lassen sich sowohl das in der Minenindustrie stark vertretene anglo-amerikanische Großkapital als auch neoliberale Auswüchse der Wirtschaft zum Gegenstand von Polemik machen, während der Rückgriff auf die apartheidbedingte Ungleichheit zur pauschalen Verurteilung von Weißen geeignet ist. Zu Recht warnt die Neue Züricher Zeitung, es könne „nicht von Gutem sein, wenn es zum Stigma wird, weiß, strebsam und wohlhabend zu sein.“⁵ In diesem Zusammenhang spricht Lucius vom umgekehrten Rassismus, welcher nicht nur Weiße, sondern zunehmend auch „Farbige“ und Inder benachteiligt.⁶ So profitieren von der Quotenregelung in Wirtschaft und Verwaltung („affirmative action“) überwiegend Schwarze mit engen Verbindungen zum ANC.⁷ Bereits frühzeitig hat der ANC das Ziel formuliert, sämtliche Hebel der Macht personell zu besetzen: Armee, Polizei, halbstaatliche Unternehmen sowie das öffentliche Rundfunk- und Fernsehwesen sollen zunächst dominiert und dann kontrolliert werden. Nomenklatura-Praktiken haben nicht nur die Plünderung des Staates zur Folge, sondern tendieren im zeitlichen Ver-

Quotenregelung

lauf zu einem autoritären System, innerhalb dessen Staat und Partei verschmelzen. Wie zahlreiche Beispiele auf dem afrikanischen Kontinent verdeutlichen, kann diese Form der Monopolisierung von Macht unter ungünstigen Rahmenbedingungen problemlos in eine Diktatur münden, da Gewalten teilende bzw. Macht hemmende Elemente sukzessive ausgehöhlt werden.

Die Selbstbeschreibung des ANC als „progressive“ Bewegung – deren revolutionärer Inhalt sich mehrheitlich auf die Übernahme aller Staatsfunktionen beschränkt und materiell nichts anderes ist als persönliche Bereicherung – geht mit einer Ablehnung des Mehrparteiensystems einher. Abweichende Meinungen, gar individuell oder organisatorisch verfasster Pluralismus gerät so in den Verdacht der Konterrevolution. Derartige Kräfte schwächen den ANC als (selbsternannte) Vorhut der demokratischen Transformation, weshalb notfalls die Massen zur Sicherung der Dominanz des ANC mobilisiert werden sollen. Von dieser Kampfansage dürfen sich nicht nur die tatsächlichen Gegner des friedlichen Übergangs angesprochen fühlen, sondern sämtliche im Parlament vertretenen Parteien. Pauschale Vorwürfe an die Opposition, sie vertrete den Apartheidstaat bzw. bereite den gewaltsamen Umsturz vor, haben mit in Demokratien üblichem Wahlkampfgeplänkel nichts mehr viel gemein. Vielmehr verdeutlichen sie ein fehlendes Verständnis für die Bedeutung von parlamentarischer Opposition. In seinem Selbstverständnis verhält sich der ANC so, als sei ein Machtwechsel in Südafrika nicht einmal als theoretische Möglichkeit vorstellbar.

Ablehnung des
Mehrparteiensystems

Opposition und kritische Medien werden vom ANC wahlweise als korrupt, kriminell, konterrevolutionär und damit insgesamt als staatsfeindlich klassifiziert. Autokratische Züge liegen im Selbstverständnis des ANC begründet, den objektiv richtigen Weg zu kennen. Immer dann, wenn diese vermeintlichen historischen Gesetzmäßigkeiten in Konflikt mit der Realität geraten, erscheint die viel beschworene und vom ANC immer wieder geforderte rassenübergreifende Gesellschaft mehr Fiktion denn Wirklichkeit zu sein. Der historisch bedingte Schwarz-Weiß-Dualismus, den man ursprünglich auf demokratischem Wege überwinden wollte, wird so zu einer Kategorie politischer Auseinandersetzungen. Doch nicht nur im Wettkampf mit dem politischen Gegner manifestiert sich eine gewisse fehlende demokratische Reife: „Aus der Zeit des Exils und des bewaffneten Kampfes ist der Partei [...] eine Art geheime Kommandostruktur geblieben“, wie Helga Diekow ausführt.⁸

Konspirative und autoritäre Praktiken haben als Organisationsprinzipien überlebt. Ein historisch gewachsener Zentralismus betont gegenüber dem Individuum die Stellung des Kollektivs und verweist auf verwandtschaftliche Bezugspunkte mit der afrikanischen Stammeskultur. Das Trachten nach „Ubuntu“, nach Eintracht in der Gemeinschaft, führt Andrew Nash auf traditionelle Vorstellungen zurück, die Teil des stammesbasierten Demokratieverständnisses des ANC sind.⁹ Dieses „tribal model of democracy“ impliziert eine Sichtweise, bei der Beschlüsse einstimmig getroffen werden und es praktisch keine abweichenden Meinungen gibt. Bisweilen verfestigt sich der Eindruck, dem ANC fehle es an innerparteilicher Demokratie. So ist die nationale Parteiführung in einem hierarchischen Exekutivkomitee organisiert, welches über weitreichende Kompetenzen verfügt. Einzelne Abgeordnete können laut der vom ANC in wesentlichen Teilen mit gestalteten südafrikanischen Verfassung ihr Mandat verlieren, sofern sie ge-

Konspirative und
autoritäre Praktiken

innerparteiliche
Demokratie

gen die Parteidisziplin verstoßen. Überdies entscheiden die Parteien relativ autonom, wer ein frei werdendes Parlamentsmandat erhält, da nicht automatisch die Nachrücker auf der Wahlliste zum Zug kommen.

demokratische
Willensbildung

Eine demokratische Willensbildung von unten nach oben wird damit genauso verhindert wie das Bilden unterschiedlicher Interessengruppen innerhalb des ANC. Dennoch kommt es im ANC mitunter zu heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen: der pragmatische Flügel setzt sich vor allem aus Vertretern der Exil-Generation zusammen und besetzt die Mehrheit der Parlaments- und Regierungsposten, während sich der linke Flügel aus den jüngeren Aktivisten des Widerstandes der 1980er Jahre sowie aus Vertretern der Gewerkschaften rekrutiert. Verfolgt die ANC-Regierung insbesondere die wirtschaftliche Stabilisierung und die Liberalisierung des Landes, fordern der linke und der Gewerkschaftsflügel mehrheitlich eine wirtschaftliche und soziale Umverteilung. Die Konsequenzen einer solchen revolutionären Umgestaltung lassen sich eingehend im Nachbarland Zimbabwe studieren, wo die ehemalige Kornkammer Afrikas seit Jahren Hunger leidet. Im Umkehrschluss dürfte zur Stabilisierung der Verhältnisse die Erkenntnis der ANC-Führung beigetragen haben, dass dem im Land angelegten ausländischen Kapital eine herausragende Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Südafrika zukommt. Obwohl Nelson Mandela zunächst für eine Nationalisierung insbesondere der Minen- sowie weiterer Schlüsselindustrien eintrat, folgten nach Machtantritt des ANC keine entscheidenden Veränderungen der privaten Besitzverhältnisse. Statt die Faktizität und ihre Kraft zu leugnen, etablierte der ANC auch eine die Wirtschaft umfassende Quotenregelung, wovon insbesondere die früheren Protagonisten des Widerstandes profitieren. Einzelne Bevölkerungsgruppen haben so bestimmte Privilegien erhalten. Während das System der Rassentrennung systematische Vorteile materieller wie politischer Natur für die Weißen zu Lasten der schwarzen Bevölkerungsmehrheit ermöglichte, hat sich dieses Problem gegenwärtig individualisiert und quasi in den vorpolitischen Raum in Form einer ausufernden Korruption verlagert.

Die Parlamentswahlen von 2009

Der erste frei gewählte Präsident Nelson Mandela öffnete das zuvor international isolierte Land erfolgreich nach außen, was schließlich zu der Ausrichtung der Rugby-WM bereits 1995 und der Austragung der Fußball-Weltmeisterschaft im Jahre 2010 führte. Sein Nachfolger Thabo Mbeki verfügte weder über das Charisma Mandelas noch über dessen Rückhalt innerhalb des ANC. Die Ablösung Mbekis durch den Übergangspräsidenten Kgalema Motlanthe und der Wahlsieg Jacob Zumas am 22. April 2009 verfestigte die nunmehr bereits 19 Jahre andauernde Dominanz des ANC. Der Machtantritt des polygam lebenden Zumas (drei Ehefrauen sowie mindestens eine weitere Verlobte), dessen Anklagen wegen wiederholter Vergewaltigung, Korruption und Bestechung aufgrund von Verfahrensfehlern fallen gelassen wurden, veränderte sukzessiv die politische Landschaft am Kap. Insbesondere die zuvor marginalisier-

Wahlsieg Jacob
Zumas

ten Gewerkschaften, der linke Parteiflügel sowie die Nachwuchsorganisationen des ANC – die Jugendliga – unterstützten den Aufstieg des rhetorisch begabten Populisten Zuma. Vor allem bei den Mittellosen und den Verlierern der gegenwärtigen Rezession hat der derzeitige Präsident seine Anhänger.

Innerparteiliche Intrigen sowie eine radikalere Rhetorik führten zu Abspaltungen vom ANC und zur Gründung einer neuen Partei: Congress of the People (COPE) vereint Kritiker des ANC wie Mbeki oder den früheren Verteidigungsminister Lekota. In der anfänglichen Euphorie erwarteten Beobachter Stimmengewinne dieser neuen Partei bei den Parlamentswahlen von bis zu 15 Prozent, was sich jedoch als unrealistisch herausstellte. So gelang es COPE weder, sich landesweit zu etablieren, noch sich als bessere Alternative zum ANC zu präsentieren. Bei den Parlamentswahlen 2009 konnte COPE lediglich 7,42 Prozent der Stimmen gewinnen. COPE punktete vor allem in der kleinen schwarzen Mittelschicht sowie bei den höher Gebildeten, während in den Townships und den ländlichen Gebieten der ANC Zuspruch erhielt. Zweitstärkste politische Kraft blieb damit die von Helene Zille angeführte Democratic Alliance (DA), die schon während der Apartheid als liberale Opposition insbesondere der englischsprachigen Weißen unter dem Namen „Progressive Federal Party“ auftrat. Zum Wahlerfolg (16,66 Prozent der Stimmen) der DA hat sicherlich die „Stop-Zuma“-Kampagne beigetragen, die auf die mannigfaltigen Missstände des ANC hinwies. Nennenswerte Verluste verzeichnete die „Inkatha Freedom Party“ (IFP), die ihre Hochburg in KwaZulu-Natal hat und ausschließlich die Interessen der Zulus vertritt. Jener Teil der weißen Bevölkerung, der nach wie vor unbeirrt an der Konzeption einer nach Rassen getrennten Gesellschaft festhält, sammelt sich in der Freedom Front Plus (FF+). Deren Wähler rekrutieren sich aus Teilen der ehemaligen Armeeführung und der Polizei sowie aus dem Heer der kleinen Beamten und Angestellten.¹⁰ Ein Konglomerat aus dumpfem Rassismus, Ängsten vor sozialem Statusverlust und übersteigertem Nationalismus treibt diese Minderheit an.

Abspaltungen vom
ANC

Tabelle 1: Ergebnisse der Parlamentswahl 2009¹¹

Partei	Ergebnis 2009	Veränderung gegenüber 2004	Anzahl der gegenwärtigen Parlamentssitze
African National Congress (ANC)	65,90%	- 3,79%	264
Democratic Alliance (DA)	16,66%	+ 4,29%	67
Congress of the People (COPE)	7,42%	+ 7,42%	30
Inkatha Freedom Party (IFP)	4,55%	-2,42%	18
Independent Democrats (ID)	0,92%	-0,81%	4
United Democratic Movement (UDM)	0,85%	-1,43%	4
Freedom Front Plus (FF+)	0,83%	-0,06%	4
African Christian Democratic Party (ACDP)	0,81%	-0,79%	3
United Christian Democratic Party (UCDP)	0,37%	-0,38%	2
Pan Africanist Congress (PAC)	0,27%	-0,46%	1
Minority Front (MF)	0,25%	-0,10%	1
Azania People's Organisation (AZAPO)	0,22%	-0,03%	1
African People's Convention (APC)	0,20%	+0,20%	1

Bei der Parlamentswahl 2009 kristallisierten sich mehrere Besonderheiten heraus: Wahlentscheidungen in Südafrika folgen nach wie vor ethnischen Gesichtspunkten. Während anderswo Einkommen, Klassenzugehörigkeit, nationale oder post-materialistische Überzeugungen das Wahlverhalten (mit-)bestimmen, spielen diese Aspekte in Südafrika eine untergeordnete Rolle. Mehrheitlich stimmen die Schwarzen für den ANC, hingegen tendieren Weiße und der indische Bevölkerungsanteil überwiegend zum DA. Das südafrikanische Parteienspektrum spiegelt nicht nur die Konfliktlinie zwischen „Schwarzen“ und „Weißen“ wider, sondern wird auch durch Stammeszugehörigkeiten und die damit verbundenen Rivalitäten geprägt. Tribalistische Strukturen konstituieren verschworene Sippengemeinschaften. Erst durch eine solche Gruppenzugehörigkeit erhält das Individuum einen unabdingbaren und veräußerlichten Wert. Die Wahlniederlage der „Inkatha Freedom Party“ führen südafrikanische Kommentatoren weniger auf das Abklingen afrikanischen Stammesdenkens zurück, sondern auf die ethnische Zugehörigkeit Jacob Zumas. Im Unterschied zu Mandela und Mbeki, die beide der Volksgruppe der Xhosa angehören, konnte Zuma als Zulu die bestehende Stammesrivalität zwischen Zulus und Xhosa erfolgreich entschärfen.

Tribalistische
Strukturen

Seit geraumer Zeit stellt aber die schwarze Bevölkerungsmehrheit keinen homogenen Block mehr dar, der in der Vergangenheit geeint war in der Gegnerschaft zum Apartheidsystem. Paradoxe Weise wird der ANC vor allem von denen abgelehnt, die von der Abschaffung der Rassentrennung am meisten profitiert haben. „Black Diamonds“ werden die zu Wohlstand gekommenen Leute genannt, wobei diese neue schwarze Mittelschicht nichts mehr wissen möchte von den einstigen heroischen Kämpfen, sondern stattdessen eine berechenbare Staatsführung, Transparenz, Sicherheit und Prosperität sowohl für sich als auch für das Land verlangen. Diese bis zu drei Millionen umfassende Schicht fühlt sich immer weniger durch den ANC repräsentiert. Hieraus erklärt sich auch der Achtungserfolg von COPE.

neue schwarze
Mittelschicht

Für den Ausgang von Wahlen in Südafrika haben zudem Personen und ihre Überzeugungskraft eine herausragende Bedeutung. Mehrheitlich wurde deshalb die schillernde Gestalt Zuma gewählt, der als Lebemann mit mehreren Frauen seine Herkunft nie verleugnete und seinen Aufstieg von ganz unten medial in Szene zu setzen wusste. Demgegenüber wirkt Mbeki trotz seines Intellekts als hölzern-reservierter Apparatschik. Der ANC bleibt die alles dominierende Kraft, weshalb für die Stabilität der Demokratie weniger die Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition entscheidend ist, sondern die innerparteiliche Entwicklung des ANC. In einem solchen „Quasi-Einparteiensystem“ besteht latent die Gefahr einer Diktatur. So könnte der ANC aufgrund seiner Machtposition jederzeit die Verfassung legal und unter Umgehung des direkten Gesetzesbruchs aus den Angeln heben. Wahrscheinlicher ist indes, dass die vom ANC gestellte Regierung ihre Position zur Durchsetzung partikularer wie individueller Interessen nutzt. Wie die Parlamentswahlen 2009 verdeutlichten, kennzeichnen Lethargie und zunehmende Politikverdrossenheit das politische Geschehen. Auch wenn die durch Wahlenthaltung oder Zustimmung zu extremistischen Parteien gespiegelte Aversion gegen den demokratischen Status quo noch kein Breitenphänomen darstellt, ist von der einstigen

Aufbruchsstimmung im Lande nur noch ein kümmerlicher Rest geblieben, den man im Zuge der Vorbereitung zur Fußballweltmeisterschaft zu revitalisieren versuchte.

Ein Blick in die Zukunft

Nach wie vor überdecken die Person Nelson Mandela sowie sein persönlicher Werdegang bestehende Probleme in Südafrika. Doch wie lange noch? Die fast mythische Verehrung Mandelas im In- und Ausland wurde konzeptionell durch die rassen- und religionsübergreifende Selbstbeschreibung Südafrikas als „rainbow nation“ untermauert – ohne jedoch nach dem Fundament der plötzlich aufblühenden Harmonie zwischen den unterschiedlichen Rassen zu fragen. Dabei steht Südafrika nicht nur weiterhin im Bann der Rassenfrage, die je nach Hautfarbe unterschiedliche Bildungs- und Berufschancen zuteilt. Neben diesem Schwarz-Weiß-Dualismus bedrohen die ungelösten sozialen Probleme in den Townships die Demokratie am Kap der Guten Hoffnung: Kriminalität, Gewalt, Armut sowie fehlende Entwicklungsperspektiven für die Armenquartiere gefährden die mühsam ausgehandelten Ergebnisse der Transformation. Hinzu kommt ein beinahe unerschöpfliches Menschenreservoir in den Townships. Verlangt diese Masse nach Interessenberücksichtigung, entsteht ein kaum mehr zu kontrollierendes explosives Gemisch, von dessen destruktiver Kraft wohl die innenpolitisch größte Gefahr ausgeht. Verschärfend wirken sich außerdem die hohe Arbeitslosigkeit, der „brain drain“ von Fachkräften ins westliche Ausland sowie die allgemeine Kapitalflucht aus.

Auf diese Herausforderungen findet der ANC selten die richtige Antwort. Im Gegenteil; ähnlich wie die National Party zu Zeiten der Apartheid verfügt der ANC über eine nationale Mission und betreibt eine mit propagandistischen Zügen behaftete Historisierung, die nicht nur eine kritische Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit verhindert hat, sondern bisweilen den Blick für gegenwärtige Probleme und künftige Herausforderungen verstellt. So werden ohne die gebotene Nuancierung tradierte Freund-Feind-Bilder kultiviert. Diese rückwärtsgewandte Perspektive behindert die Transformation des ANC von einer Befreiungsbewegung zu einer demokratischen Partei. Die Akzentuierung des Kollektivs erzeugt zwar eine Sicherheit spendende Verbundenheit, die in einer immer komplexer werdenden Umwelt Orientierung zu liefern vermag. Kehrseite dieser nur durch Uniformierung und Gleichmacherei zu erzielenden gesellschaftlichen Ersatzheimat stellt eine sozial-moralische Enge dar, die Individualität verhindert und auf organisatorischer Ebene offen gegen eine liberale Weltanschauung agitiert. Letzteres wird vor allem immer dann sichtbar, wenn der ANC sich bei kritischer Berichterstattung gegen die in der Verfassung verankerte Pressefreiheit wendet. Vor der götzenhaften Überhöhung allwissender Führer schützt eine freie und unabhängige Presse, die aber durch das „Gesetz zum Schutz von Staatsinformationen“ künftig einer stärkeren Zensur unterliegt. Es sieht Haftstrafen bis zu 25 Jahren für Journalisten vor, wenn sie als vertraulich klassifizierte Informationen veröffentlichen. Hierzu gehören

Zensur

auch die Angaben zu öffentlichen Aufträgen und Staatsunternehmen – zwei korruptionsgefährdete Schwachstellen. Bereits die zur Beseitigung der apartheidbedingten Diskriminierung eingeführten Quotenregelungen nutzen mehrheitlich dem ANC nahestehende Personen, worunter sowohl die Effektivität der Verwaltung als auch der Wirtschaftsstandort Südafrika leidet. Ohne die integrativ wirkende Projektionsfläche Nelson Mandela dürften derartige Zentrifugalkräfte künftig zunehmen und den Zusammenhalt der bereits heute schon tiefgreifend fragmentierten Gesellschaft weiter gefährden.

Anmerkungen

- 1 Arendt, Hannah (2001): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft, München, S. 720.
- 2 Zur Rolle der lokalen politischen Führung des ANC während der Ausschreitungen siehe Kersting, Norbert (2010): Gesellschaftliche Teilhabe, Identität und Fremdenfeindlichkeit in Südafrika, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft B 1, S. 33-39, hier: S. 35.
- 3 Zum Panafrikanismus der ANC-Elite siehe Rok, Ajulu (2001): Thabo Mbeki's African renaissance in a globalising world economy: The struggle for the soul of the continent, in: Review of African Political Economy, Heft 3, S. 27-52.
- 4 Kersting (2010): S. 34.
- 5 o.V.: „Südafrika weiterhin im Bann der Rassenfrage“, in: Neue Züricher Zeitung vom 8.10.1998, S. 5.
- 6 Vgl. Lucius, Robert von (2010): Nelson Mandela und sein Erbe, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft B 1, S. 6-11, hier: S. 9.
- 7 Zu den Ergebnissen des vom ANC eingeführten Programms „Black Economic Empowerment“ siehe „A new kind of inequality“, in: The Economist vom 5. Juni 2010, S. 9.
- 8 Diekow, Helga (2010): ANC forever? Innenpolitische Entwicklungen und Parteien in Südafrika, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft B 1, S. 26-32; hier: S. 29.
- 9 Vgl. Nash, Andrew (1999): Mandela's Democracy, in: Monthly Review Heft 4, S. 18-28.
- 10 Zum Rechtsextremismus in Südafrika siehe Winkelmann, Thorsten (2011): Länderporträt: Südafrika, in: Backes, Uwe; Gallus, Alexander; Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 23. Jahrgang Baden-Baden, S. 204-237; hier: S. 205ff.
- 11 Zu den Ergebnissen der Wahl siehe Electoral Commission of South Africa.